



### Deutschland:

#### **Zentralrat der Muslime in Deutschland schließt islamistischen Verein aus**

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) er der vier größten islamischen Dachverbände in Deutschland, hat die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) bei ihrer letzten

Versammlung Ende Januar abgeschlossen.



Bereits 2020 stellte der Jahresbericht des

Bundesverfassungsschutzes fest, die DMG sei aufgrund ihrer strukturellen und personellen Verflechtungen als Teil des weltweiten Netzwerkes der Muslimbruderschaft sowie als deren zentrale Organisation in Deutschland anzusehen.

Zur Grundüberzeugung der DMG, so ein Gerichtsurteil aus dem Jahr 2017, gehöre die Einrichtung islamischer Herrschaftsstrukturen in Deutschland, die mit demokratischen Prinzipien wie Meinungsfreiheit, Volkssouveränität und Gleichberechtigung der Geschlechter unvereinbar seien.

Aktuell wird die personelle Stärke der DMG auf ca. 1.450 Anhänger in der Bundesrepublik geschätzt.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland vertritt hauptsächlich nicht-türkische Muslime in Deutschland und war in der Vergangenheit eher dadurch aufgefallen, nicht sonderlich aktiv gegen religiös motivierte extremistische Vereine in ihrer Struktur vorzugehen.

\*

### **Bundestag verlängert Irak-Mandat**

Die Bundeswehr wird sich weiter am Einsatz gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ im Irak beteiligen. Der Bundestag verlängerte am Freitag das Mandat um weitere neun Monate. In namentlicher Abstimmung sprachen sich 555 Abgeordnete für den Antrag aus, 110 waren dagegen. Es gab eine Enthaltung. Die deutschen Soldaten beteiligen sich seit 2015 an der Anti-IS-Koalition.

\*

### **Studie belegt Gesundheitskompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund**

Obwohl Einwohner mit Migrationshintergrund fast ein Viertel der gesamten Bevölkerung in Deutschland ausmachen, gab es bisher keine umfangreiche Erhebung ihrer Gesundheitskompetenz.

Wissenschaftler der Universitäten Bielefeld und Köln analysierten jetzt erstmals die Gesundheitskompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund. Das zentrale Ergebnis: Entgegen der bislang vorherrschenden Einschätzung fällt ihre Gesundheitskompetenz ähnlich aus wie die der Gesamtbevölkerung in Deutschland, tendenziell sogar etwas besser.

\*

### Belgien:

#### **Islamistischer Imam darf nicht mehr nach Belgien einreisen**

Molenbeek, Muslime, Islamismus. Diese Begriffe wecken Ängste europaweit, als "Brutstätte des islamistischen Terrorismus". Nun gilt Mohamed Toujgani, der bekannteste Imam Belgiens, führender Prediger der Al-Khalil-Moschee in Molenbeek, als "Gefahr für die nationale Sicherheit". Er darf nicht mehr in das Land einreisen.

Der aus Marokko stammende Mohamed Toujgani predigte seit 1982 in der größten Moschee Belgiens und bildete dort Imame aus. Er gilt als Vertreter eines sehr konservativen, sunnitischen Islam, der die Gläubigen davon abhält, sich in die belgische Gesellschaft zu integrieren. Er pflegt Verbindungen zu den Muslimbrüdern, die in Belgien allerdings nicht als radikale Bewegung gelten.

\*

### Frankreich:

#### **Morddrohungen nach TV-Doku über Islam**



Ende Januar befasste sich die renommierte Sendung „Zone interdite“ mit dem Kampf des Staates gegen den „Separatismus in der Republik“.

In der Sendung berichtete Amine Elbahi aus seiner Heimatstadt Roubaix an der Grenze zu Belgien. Seit seine Schwester vor ein paar Jahren in den Dschihad nach Syrien zog, kämpft er gegen den radikalen Islam. Gefilmt wurden im Stadtzentrum auf engem Raum sechs Halal-Metzgereien, Bäckereien, Geschäfte mit arabischen Nahrungsmitteln und drei Buchhandlungen, in denen auch Schleier und Niqabs verkauft werden. Ein Spielwarengeschäft bietet Puppen ohne Gesichtszüge an.

Die Ausstrahlung löste ein Beben aus. Dem Sturm der Empörung folgten lange Debatten in den vier Nachrichtensendern. In allen Studios war Amine Elbahi zu Gast. Der radikale Islam gehe von einer kleinen Minderheit aus, sagte Elbahi.

Unter anderem musste die Chefredakteurin und Moderatorin des Magazins, Ophélie

Meunier, unter Polizeischutz gestellt werden. Gleiches gilt für Amine Elbahi. Seine Telefonnummer zirkuliert im Internet. Er bekam Anrufe, die ihm seine Enthauptung ankündigten: Es werde ihm wie dem Lehrer Samuel Paty ergehen, der während des Charlie-Hebdo-Prozesses im Unterricht die Mohamed-Karikaturen zum Thema gemacht hatte.

### Österreich:

#### **Antisemitismus-Modul für Integrationskurse**

Werte- und Integrationskurse für Flüchtlinge sollen um ein Antisemitismus-Modul erweitert. Die entsprechende Initiative wurde Ende Januar von Integrationsministerin Susanne Raab, Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler (beide ÖVP) und dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch präsentiert. Erleichtert wurde die Aufnahme des Themas durch eine Ausweitung der zu absolvierenden Stundenzahl von acht auf 24 Stunden ab 2022.



Zu absolvieren haben die vom Integrationsfonds (ÖIF) gestalteten Kurse anerkannte Asylwerber und subsidiär Schutzberechtigte. Offen stehen sie auch Asylwerbern mit guten Anerkennungschancen. Seit Anfang des Jahres erstrecken sie sich über drei Tage zu je acht Stunden. Am ersten geht es unter anderem um Bildungschancen und Arbeitsmarkt, am zweiten um Kultur, Traditionen und Ehrenamt sowie eben um

Antisemitismus. Tag drei bietet dann



Informationen etwa zu Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit.

\*

### **Großbritannien:**

#### **Briten aus der Mittelschicht eher islamfeindlich**

Ein Bericht der University of Birmingham zeigt auf, dass mehr als 23 Prozent der befragten Personen aus der Ober- und Mittelschicht voreingenommene Ansichten über Muslime hatten.

Die Umfrage hat ergeben, dass Briten der Mittel- und Oberschicht eher islamfeindliche Ansichten vertreten als Briten der Arbeiterklasse.

Die UoB-Daten zeigten, dass 23,2 Prozent der Briten der Ober- und Mittelschicht voreingenommene Meinungen über den islamischen Glauben haben, verglichen mit 18,4 Prozent der Arbeiterklasse.

Die Studie mit dem Titel „The Dinner Table Prejudice: Islamophobia in Contemporary Britain“ legt nahe, dass Briten fast dreimal häufiger islamfeindliche Positionen vertreten als Angehörige anderer Religionen.

\*

### **Europäische Union:**

#### **Informelles Innenministertreffen in Lille**

Drei maßgebliche Fortschritte wurden unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft in den Bereichen Sicherheit und Migration erzielt. Nachdem am 1. Februar gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine Übereinkunft zur Reform von Europol getroffen wurde, unterstützten die

europäischen Innenminister im Zuge ihrer Treffen am 2. und 3. Februar in Tourcoing und Lille weitgehend die Vorschläge der französischen EU-Ratspräsidentschaft zur politischen Führung des Schengen-Raums sowie der Reform des Europäischen Migrations- und Asylsystems.

Die Minister kamen überein, einen „Schengen-Rat“ einzurichten, dessen erste Sitzung am 3. März in Brüssel stattfinden wird. Sie werden bei dieser Gelegenheit eine Reihe von Indikatoren zur Echtzeitbewertung der Situation an unseren Grenzen erstellen, und ihre Überlegungen zur Einführung neuer Instrumente der Solidarität an den Außengrenzen fortsetzen, um auf alle Arten von Notlagen reagieren zu können.

Im Rahmen eines Arbeitssessens besprachen sie insbesondere die Thematik der Radikalisierung. Ausgehend von einem Vortrag von Professor Gilles Kepel brachten diese Gespräche die gemeinsame Sorge über Gruppierungen zum Ausdruck, die im europäischen Raum die Verbreitung von Ideologien und Lebensweisen fördern, die im Widerspruch zu den europäischen Werten stehen. Die Frage der Finanzierung dieser Gruppierungen wurde angesprochen, und zwar mit besonderem Augenmerk auf die öffentlichen Gelder, zu denen sie sich manchmal Zugang verschaffen können.